



+bürgerinformation+ +bringt+verlässlich+ **BÜRGER+IN+FORMATION**



Foto: Georg Palmi, Hermsdorf

Zu einer Infoveranstaltung hatte die Bürgerinitiative St. Gangloff „Unser Holzland – kein Windkraftland“ und der Nürnberger Verein „energy – platform e.V.“ am 04.07.2018 in das Vereinshaus nach St. Gangloff eingeladen.

Vertreter der BI berichteten über die Konflikte mit Natur und Umwelt im Windvorranggebiet W 20, wo bis zu 240 Meter große Windkraftanlagen gebaut werden sollen. Dieser Windpark soll eine Größe von 349 ha Wald umfassen. Bei der Umsetzung dieses Vorhabens müssen in einem zusammenhängenden Waldgebiet mindestens 50 ha Wald gerodet werden. Desweiteren soll noch eine Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Leitungen (HGÜ) durch das Gebiet führen, wo nach unseren Berechnungen rund 25 Hektar Wald geopfert werden müssen. Geschlossene Waldflächen verlieren ihre Funktion als Wasser- aber auch als CO₂-Speicher. Flora und Fauna würden dauerhaft geschädigt.

Das Ziel, den CO₂-Ausstoß zu verringern und dazu intakten Wald für die WKA zu vernichten, gleicht einem Schildbürgerstreich“, so äußerte sich das ehemalige „energy - Mitglied Jörg Dittrich. Man müsse zwar alle Formen der Energiegewinnung nutzen, ist aber der Auffassung, dass der gewaltige Ausbau von Windenergieanlagen, wie er in Thüringen vorangetrieben werde, falsch ist. Besonders deutlich werde dies im Saale-Holzland-Kreis, wo Hunderte Hektar Wald für die Errichtung neuer Windkraftanlagen vernichtet werden sollen.

Unter dem Arbeitstitel „Kein Plan, kein Konzept – können wir uns wehren“ wurden von Herr Dipl. Ing. Jochen Langzettl vom Thüringer Landesverband „Energiewende mit Vernunft“ und Herr Dipl. Ing. Jörg Diettrich, ehemaliges Vorstandsmitglied vom Verein „energy - platform“ Möglichkeiten aufgezeigt, wie man erfolgreich Widerstand organisieren kann, gegen die politisch verordneten Energiewende und dem Netzausbau.

Die BI „Unser Holzland – kein Windkraftland“ und der Verein „energy – platform“ fordern gemeinsam ein Moratorium und einen nationalen Energiedialog, Dies betreffe den Ausbau der Gleichstromtrassen und den weiteren Ausbau von Windkraftstandorten in sensiblen Bereichen, wie Wald, Wasserschutzzonen oder ornithologisch bedenklichen Gebieten mit seltenen Tier- und Vogelarten.

Die St. Gangloff BI hält eine noch größere Vernetzung aller BI's unter dem Dach des Landesverbandes „Energiewende mit Vernunft“ für erforderlich, um gegen den weiteren ökologisch und ökonomisch unsinnigen Ausbau der Windenergie vorzugehen.

Unter den ca. 120 Teilnehmern befanden sich viele Mitglieder anderer BI's. Sogar aus dem Voigtland waren sie angereist. Auch waren die Vorsitzenden der Gemeindeverwaltungen, sowie mehrere Bürger- und Orts-teilbürgermeister der betroffenen Orte anwesend, welche persönlich eingeladen worden waren.

Eingeladen waren auch Vertreter des Forstes, des NABU, Landrat Andreas Heller (entschuldigt), die Landtagsabgeordneten Prof. Dr. Mario Voigt, Wolfgang Fiedler, die Bundestagsabgeordneten Dr. h. c. Albert Weiler (entschuldigt) und Volkmar Vogel (alle CDU). Leider haben sie den Weg nach St. Gangloff nicht gefunden. Es ging ja auch nur um die Zerstörung des Holzlandes.

Wir möchten uns bei allen Mitgliedern und Mitstreitern bedanken, die dazu beigetragen haben, dass die Veranstaltung ein voller Erfolg wurde.

Dank auch an alle Teilnehmer, die unsere Arbeit mit Geldzuwendungen unterstützten!

Wir hatten Musterschreiben an die Thüringer Umweltministerin, an den Landrat und an die Bundesnetzagentur vorbereitet, die viele Teilnehmer der Veranstaltung dankend entgegennahmen, um ihren Widerspruch gegen die massive Wald- und Umwelterstörung persönlich zum Ausdruck zu bringen.

Protestveranstaltung in Hermsdorf - Holzländer wollen keine Stromtrasse

<https://eisenberg.otz.de/web/eisenberg/startseite/detail/-/specific/Holzlaender-Protst-Wie-sich-Hermsdorf-gegen-die-Stromtrasse-wehrt-251928336>

Fotos Frank Kalla OTZ



Eine weitere Veranstaltung fand am Mittwochnachmittag (15.08.2018) in Hermsdorf am Kreisverkehr des Gewerbegebietes Ost III statt. Eingeladen hatten die Gemeinden des Thüringer Holzlandes, die von der Trassenführung 022C SüdOstLink Höchstspannungsleitung betroffen sind, die Bürgerinitiative „Unser Holzland – Kein Windkraftland“ und der Verein „energy – platform e.V.“

Die Mitglieder der BI hatten am Vortag entlang der geplanten Trasse auf den Gelände des geplanten Gewerbegebietes Gelb-Rote Kreuze (sogenannte Trassenkreuze) aufgestellt. Diese Kreuze stehen als Symbol für eine dezentrale Energiewende und wurden vom Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse in Bayern entwickelt.

Die BI „Unser Holzland – Kein Windkraftland“ ist für eine Energiewende, welche umweltverträglich ist. Der Strom soll dort erzeugt werden, wo er gebraucht wird und nicht von Nord nach Süd transportiert werden.

Die geplante Stromtrasse ist unsinnig, sie wird auf Kosten der Stromverbraucher finanziert und kostet Milliarden Euro's. Deutschland hat mittlerweile die höchsten Stromkosten in der Welt. Wie hoch werden die Strompreise sein, wenn mehrere Milliarden Kosten der Stromtrasse zusätzlich auf die Bürger umgelegt werden? - so Tobias Gruber – Sprecher der Bi St. Gangloff. Er betont, daß die Mitglieder keine Windkraftgegner, sondern Energierealist sind und unser Land vor einer sinnlosen Umwelterstörung schützen wollen.

Das Industriegebiet Ost III wurde im Landesentwicklungsplan 2025 des Freistaates Thüringen als wichtige Industriegroßfläche mit hoher überregionaler Bedeutung verbindlich festgelegt, erklärte der Hermsdorfer Bürgermeister Benny Hofmann. Es geht aber nicht nur um den Industriestandort, wo tausend Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, sondern auch um die Zerstörung eines zusammenhängenden Waldgebietes von der Kirchenholzsiedlung bis nach Tautendorf auf 6,3 km Länge, was 25 Hektar entspricht. "Wir lehnen die umwelt- und naturzerstörende Stromtrasse durch das Thüringer Holzland ab und werden uns mit allen Mitteln dagegen wehren", rief Hofmann, in seiner emotional gehaltenen Rede.

Unterstützung erhielt er von den Bürgermeistern der umliegenden Orte, welche sich an der Protestkundgebung beteiligten.

Herr Dipl. Ing. (FH) Diettrich, ehemaliges Vorstandsmitglied des Vereins „energy – platform“, schlug eine lokale Energiewende vor. Unter bestimmten Bedingungen könne man sich bereits heute in Hermsdorf zum großen Teil mit Strom selbst versorgen. Man habe als Wissenschafts- und Industriestandort alle Kapazitäten, um dies in Angriff zu nehmen. Der Hermsdorfer Energieexperte sprach von einem sinnlosen Netzausbau, einer verfehlten Energiepolitik. Die Notwendigkeit der Trasse wurde noch nie verständlich und nachprüfbar öffentlich belegt. Die Planung des Stromübertragungsnetzbetreiber 50Hertz zeugt von Ignoranz, Nachlässigkeit oder Inkompetenz, so Diettrich.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat den Netzausbau zur „Chefsache“ erklärt, unter dem Titel „„Aktionsplan Stromnetze für eine sichere und bezahlbare Energiewende“ will er auch nach Thüringen kommen, um mit den Menschen über neue Stromtrassen zu sprechen. Er reagierte damit auf eine Aufforde-



zung von Landesumweltministerin Anja Siegesmund. Im Gespräch mit MDR AKTUELL verwies sie darauf, dass Altmaier versprochen habe, dorthin zu gehen, wo Diskussionsbedarf bestehe. Altmaier will erläutern, warum der Netzausbau beschleunigt werden muss. Dabei wird er über die Interessen der Länder und Bürger Entscheidungen durchboxen wollen.

Wir, die BI „Unser Holzland – Kein Windkraftland“ wollen gemeinsam mit dem Hermsdorfer Bürgermeister Benny Hoffmann Herrn Altmaier zum Dialog einladen, denn:

„Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren“.

Deshalb rufen wir alle Bürger der Holzlandgemeinden auf, durch ihre Teilnahme an weiteren Veranstaltungen zu zeigen, dass sie unseren Kampf unterstützen. **Wir kämpfen nicht für uns persönlich, sondern für alle Bürger des Holzlandes, denn jeder wird bei der Umsetzung von Stromtrasse und Windkraftanlagen, ein betroffener Bürger sein!!**

Trinkwasser ist das weltweit wertvollste Gut

„Wasser ist Lebensmittel Nummer Eins – und die Politik trägt die Verantwortung für unsere Umwelt und die Gesundheit der Menschen“, so Umweltministerin Anja Siegesmund in der OTZ am 23.06.2018 unter „Zu viel Nitrat in Thüringer Grundwasser“. So hat man teilweise bis zu 150 Milligramm pro Liter in Böden nachgewiesen. Nitrat ist für die Menschen erstmals ungefährlich, doch durch chemische Prozesse können sich gesundheitsgefährliche Nitrite bilden. Deswegen gilt der EU Grenzwert von über 50 Milligramm Nitrat pro Liter Wasser als bedenklich.

Für dieses Dilemma macht die Deutsche Umwelthilfe (DUH) die Landwirtschaft verantwortlich und hat beim Oberverwaltungsgericht in Berlin Klage zum besseren Schutz des Grundwassers eingereicht.

<https://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Nitrat-im-Grundwasser-wird-Fall-fuer-die-deutsche-Justiz-103423086>

Dass der Bau von Windkraftanlagen einen erheblichen Eingriff in die Bodenstruktur darstellt, wird aus politischer Sicht verschwiegen.

Bei den obligatorischen Untersuchungen des Baugrundes zum Genehmigungsverfahren, ob die Fundamentierung von WEA im Wald Auswirkung auf das Grundwasser bzw. Trinkwassergewinnung hat, werden von den beauftragten Gutachtern als Gefälligkeitsgutachten erstellt.

Nach dem Motto **Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing.**

Die BI St. Gangloff hat das mit der Stellungnahme durch das Büro für angewandte Landschaftsökologie K. Mammen & U. Mammen GbR zum ornithologischen Sachverständigen Gutachten zum Windpark W20 durch die Gitte Regner & Söldner GbR nachgewiesen (kann bei der BI eingesehen werden). Die Naturschutzverbände in Baden-Württemberg haben erst kürzlich den Nachweis erbracht, dass avifaunistische Gutachten nicht objektiv und unabhängig sind.

Grundwasser – ein verborgener Schatz – muß geschützt werden!

Wir und unsere Nachkommen profitieren vom natürlichen Schutz unseres Grundwassers, solange die reinigenden Bodenschichten intakt sind. Mit seinem Filter- und Abbauprozess schützt ein intakter Boden das Grundwasser vor Verunreinigung. Die Bauvorhaben für die WEA und der Stromtrasse (SüdOstLink) sind ein erheblicher und nachhaltiger Eingriff in die Schutzschicht. Schädliche Bodenveränderungen (z.B. Gründung, Fundamente, Rodung und Zufahrtswege) verringern die Schutzfunktion des Bodens. Schadstoffe können in das Grundwasser eindringen.

Bereits eine Kernbohrung birgt in sich die Gefahr, Bodenschichten durchzustoßen und hydraulisch kurzzuschließen. Dadurch werden getrennte Grundwasserströme kaskadiert und eine schädliche Drainagewirkung entsteht. Die Filtrationsschichten werden ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht.

In einer Untersuchung der Technischen Hochschule Aachen ist zu lesen, dass Beton ausgelaugt wird und Schwermetalle (u.a. Blei, Vanadium) in die Umgebung gelangen. Durch den Kontakt des saureren Waldbodens mit dem Beton wird mit dem versickerten Oberflächenwasser insbesondere Arsen, Zink, Chrom, Cadmium und Vanadium in tiefere, sensible Schichten angeschwemmt.

Nachfolgend ein Auszug aus der Musterverordnung „Wasserschutzgebiete“ des bayrischen Landesamtes für Umwelt.

Voraussetzungen für die Zulässigkeit in den empfindlichen Bereichen von Grundwassereinzugsgebieten (Vorrang-/ Vorbehaltsgebiete für Wasserversorgung)

5.1 Tiefgründungen

Die je nach Untergrund nötigen Gründungsmaßnahmen können den Umfang üblicher Bauwerke übersteigen. Pfahlgründungen oder tief reichende Bodenverbesserungsmaßnahmen kämen Bohrungen gleich. Im empfindlichen Bereich von Grundwassereinzugsgebieten ist ein weitgehendes Durchstoßen der schutzwirksamen Grundwasserüberdeckung unvereinbar mit dem Trinkwasserschutz.

5.2 Rodungen

Viele Standorte für WKA bzw. Windparks werden in Waldgebieten geplant, was großflächige Rodungsmaßnahmen erfordert. Diese erheblichen Bodenstörungen haben i.d.R. über einen gewissen Zeitraum eine massive Nährstofffreisetzung auf Teilflächen zur Folge. Im empfindlichen Bereich von Grundwassereinzugsgebiet ist die Zulässigkeit von Rodungsmaßnahmen insbesondere auch vor dem Hintergrund bereits bestehender Grundwasserbelastungen mit Nitrat zu beurteilen (insbesondere könnte der Benutzungstatbestand i.S.v. § 9 Abs. 2 Nr. 2 WHG zu prüfen sein).

In sanierungsbedürftigen Grundwassereinzugsgebieten sind Rodungen aus wasserwirtschaftlicher Sicht unter Hinweis auf § 12 Abs. 1 Nr. 1 WHG abzulehnen. Bei mindestens mittlerer Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung sind hingegen in Anbetracht der Entfernung zur Wassergewinnung Auswirkungen nicht zu erwarten.

https://www.lfu.bayern.de/wasser/merkblattsammlung/teil1_grundwasserwirtschaft/doc/nr_128.pdf

Roger Simak, Regionalverband Taunus e.V., in seinem Brandbrief an die CDU, der für alle Regionen in der BRD und natürlich weltweit gilt, in denen Windkraftwerke gebaut werden, nachzulesen unter

<https://www.windwahn.com/2017/11/16/trinkwasserschutz-schaendlicher-umgang-mit-dem-weltweit-wertvollsten-gut-wird-durch-genehmigungsbehoerden-weiterhin-praktiziert-und-von-der-politik-ignoriert/>

Kurzer Auszug aus dem Brief:

Fast 30.000 Windräder drehen sich unterdessen in Deutschland. Dennoch bleibt der beabsichtigte Effekt, namentlich die Reduktion des Kohlendioxidausstoßes nicht nur aus, selbiger hat sich in den vergangenen Jahren vielmehr noch messbar erhöht.

Sein Apell lautet:

1. Windkraft in Wasserschutzgebieten ist ein extrem gefährliches Abenteuer! Daher keine Windräder in Wasserschutzgebiete, nicht in die Fassungsbereiche (Kategorie I) von Quellen und Brunnen und schon gar nicht in die Kategorie III!
2. Genehmigungsverfahren nach BImSchG sind in jeglicher Form von Wasserschutzgebieten sowie in deren Fassungsbereichen und auch in Grundwasser-Vorbehaltsgebieten durch zwingende wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zu ergänzen.
3. Generelle UVP-Pflicht für Windenergieprojekte in sensiblen Gebieten, das heißt insbesondere, grundsätzlich keine Windräder im Wald ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, und das nicht erst ab 20 Anlagen, sondern konsequent bereits ab einer Anlage.
4. Genehmigungsverfahren nach BImSchG sind im Bereich von Wasserschutzgebieten sowie in deren Fassungsbereichen zwingend durch wasserrechtliche Genehmigungsverfahren zu ergänzen.
5. Man muss erkennen, wann es reicht! Studien belegen, dass unsere Stromversorgung bis zu maximal 30 % auch „zeitlich zufällig“ (sprich: witterungsabhängig) erzeugte Energie verkraften kann, sofern die nachfolgend beschriebenen technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Will man vermeiden, dass - wie in der momentanen Phase - regelmäßig riesige Massen an Energie verschenkt oder Ausleitungen an das benachbarte Ausland zuweilen sogar vergütet werden müssen, so braucht es zwingend intelligente Stromnetze (smart grids) und interregionale Gleichspannungs-Übertragungstrassen (Nord-Link/Süd-Link). Daher ist der weitere Ausbau konsequent und unverzüglich zu stoppen. Denn wir sind in Deutschland bereits bei der o.g. 30-Prozent-Marke angelangt.

Naturgesetze lassen sich politisch nicht beschließen oder beeinflussen. Eine Energiewende, welche auf Windkraft basiert, ohne die nötigen Speicher zu haben, ist ein grüner Irrläufer. Deshalb fordert die BI St. Gangloff „Unser Holzland – kein Windkraftland“ einen sofortigen Stopp des Ausbaues der WEA und der Stromtrassen durch ganz Deutschland.

„Die Natur versteht keinen Spaß, sie ist immer wahr, immer ernst, immer streng, sie hat immer recht, und die Fehler und Irrtümer sind immer des Menschen.“

Johann Wolfgang von Goethe

